



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

16. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 27. bis 28. August 2007 in Berlin

Die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in Berlin eine Konferenzresolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Martin Kayenburg

Konferenzresolution

angenommen durch die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten und dem Europäischen Parlament, sind am 27./28. August 2007 in Berlin, Deutschland zusammengekommen,

um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Energieangelegenheiten, Arbeitsmarktfragen und soziale Wohlfahrt, eine integrierte Meerespolitik und die Eutrophierung der Ostsee zu erörtern,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. den Informationsaustausch auf allen Ebenen fortzusetzen und zu verstärken,
2. gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Ostseeregion vor allem in Bezug auf Energiefragen, eine integrierte Meerespolitik sowie Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Wohlfahrt zu einer europäischen Modellregion zu entwickeln,
3. die Rolle der interparlamentarischen und zwischenstaatlichen Kooperation in der Ostseeregion zu stärken und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern, u. a. auch durch eine Stärkung der Nichtregierungsorganisationen und eine Unterstützung der Fortsetzung der Tätigkeit des NGO-Forums,
4. die zwischenstaatlichen Organisationen im Bereich der Politik der Nördlichen Dimension nachdrücklich aufzufordern, die Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und zur Vermeidung von Doppelarbeit zu intensivieren und die Entwicklung einer Ostseestrategie zu unterstützen,

im Hinblick auf Energiefragen und den Klimawandel in der Ostseeregion

5. mittelfristig gemeinsam in allen Ostseestaaten Untersuchungen zu Energie- und Umweltfragen durchzuführen sowie konkrete Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Hinblick auf Energiefragen in der Ostseeregion unter Berücksichtigung der Effizienz, Versorgung, Sicherheit und der erneuerbaren Energien zu ergreifen und gleichzeitig auch Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu berücksichtigen,
6. die Bürgerbeteiligung in der Ostseeregion im Hinblick auf Energie- und Umweltfragen deutlich zu verstärken und neue Möglichkeiten für eine solche aktive Beteiligung zu erforschen, natürliche Energieressourcen als eine Verantwortung der Öffentlichkeit zu begreifen und die Ostseeregion zu einer Modellregion für erneuerbare Energien in Europa zu entwickeln,
7. Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass Informationen über mögliche wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Folgen von Infrastrukturprojekten in und an der Ostsee über entsprechende Einrichtungen unter den Küstenstaaten ausgetauscht werden und dass bei allen Infrastrukturprojekten (z.B. der Nordeu-

ropäischen Gaspipeline und dem Baltic Gas Interconnector) gemäß internationalen Verpflichtungen eine gründliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, wobei die Anforderungen an die Energieversorgungssicherheit der gesamten Ostseeregion zu berücksichtigen sind,

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion

8. Hindernisse für die Arbeitsmarktmobilität zu beseitigen und in jedem Land für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen,
9. vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Grenzgängern das Thema der grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte auf die Tagesordnung des Ostseerats zu setzen und politische Maßnahmen zur Einrichtung von Informationszentren in der Region an stark frequentierten Grenzübergängen zu unterstützen, welche die Mobilität der Arbeitnehmer fördern und sie in Sozialversicherungsfragen beraten sollen. Solche Zentren sollen den Arbeitnehmern umfassende Informationen über steuer- und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten liefern. Auch Informationen über Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten in Nachbarländern der Region müssen verbessert werden,
10. Arbeitsmärkte zu fördern, die auch benachteiligte Gruppen sowie junge Menschen integrieren, um sie in Arbeit und Gesellschaft einzugliedern und ihr Potenzial zu nutzen,
11. die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Ostseeanrainerstaaten unter Verweis auf entsprechende Normen der IAO und der OECD zu fördern und keine doppelten Standards bei multinationalen Gesellschaften zuzulassen,

im Hinblick auf eine integrierte Meerespolitik

12. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zu einer europäischen maritimen Modellregion - d.h. zum saubersten und sichersten Meer Europas – zu entwickeln, indem allen Ostseeanrainerstaaten die Ratifizierung der bestehenden völkerrechtlichen Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt empfohlen wird (wie z.B. der "Anti-Fouling"-Konvention, der Ballastwasser-Konvention und der Gefahr- und Schadstoff- sowie der Bunker-Konvention), und ebenso die Entwicklung von „Clean-Ship“- und „Clean-Port“- Projekten weiter fortzusetzen,
13. Ideen zu entwickeln, wie die Ostseeregion zu einer Pilotregion werden könnte, die zeigt, dass eine wettbewerbsfähige Meeresindustrie mit einem wirksamen Schutz maritimer Ökosysteme vereinbar ist,
14. verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei (IUU) in der Ostseeregion gemäß international anerkannter Bestimmungen zu ergreifen,
15. angesichts der starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee konkrete und wirksame Schritte zu ergreifen, um für ein hohes Maß an maritimer Sicherheit zu sorgen, z.B. durch
 - eine Stärkung der Arbeit der Küstenwachen in der Ostseeregion durch Koordination and Kooperation,
 - eine Förderung innovativer Navigationstechnologien, wie z.B. das Satellitennavigationssystem GALILEO in Verbindung mit GMES (Global Monitoring System for Environment and Security),
 - den Einsatz von Lotsen auf navigatorisch schwierigen Seewegen entsprechend international anerkannter Bestimmungen und Normen,

- die Förderung eines sicheren Betriebs von Schiffen unter schwierigen Bedingungen im Winter und auch bei Eisgang,
- die Anwendung der aus der Flugsicherung bekannten Grundsätze auf die Überwachung und Regelung des Seeverkehrs in der gesamten Ostsee,

Im Hinblick auf die ernste Situation bei der Eutrophierung und anderen Formen der Umweltverschmutzung

16. die endgültige Entwicklung eines äußerst ehrgeizigen HELCOM-Ostseeaktionsplans, der im Herbst 2007 in Krakau verabschiedet werden soll, zu unterstützen und alle beschlossenen Maßnahmen ordnungsgemäß umzusetzen,
17. die politischen Empfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung anzunehmen, alle darin enthaltenen Maßnahmenvorschläge umzusetzen und im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Die Konferenz

18. nimmt ferner mit Befriedigung die positive Entwicklung des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen der Mitgliedstaaten des Ostseerats, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht über die Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen,
19. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Ostseerats auf, zur Förderung des Reformprozesses des Ostseerats in einen engen Dialog mit Parlamentariern in allen Mitgliedstaaten einzutreten, fordert die Präsidentschaft des Ostseerats nachdrücklich auf, alle Überlegungen zu einer neuen Struktur dem Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz mitzuteilen, damit sich dieser damit vertraut machen und Kommentare abgeben kann, bevor von Regierungsseite in dieser Angelegenheit Beschlüsse gefasst werden,
20. erkennt die eigene Verantwortung für die Einleitung und Vertiefung des Dialogs und der Koordination zwischen regionalen Organisationen in der Ostseeregion und in Nordeuropa insgesamt an,
21. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel einzusetzen, die im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,
22. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und Soziales einzusetzen, die im Rahmen eines Dialogs und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,
23. verabschiedet die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft treten wird,
24. beschließt, Fragen der Energie und des Klimawandels auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby zu behandeln,
25. begrüßt dankbar die freundliche Einladung des schwedischen Riksdag, die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz am 1./2. September 2008 in Visby abzuhalten.

* Baltische Versammlung, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Europäisches Parlament, Nordischer Rat und das Parlament von Åland, der Bundesrepublik Deutschland, von Dänemark, Estland, Finnland, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, von Island, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Norwegen, Polen, der Region Kaliningrad, der Karelischen Republik, der Region Leningrad, der Region Murmansk, der Region Pskow, Schleswig-Holstein, von Schweden, der Stadt St. Petersburg sowie die Parlamentarische Versammlung Nordwest-Russlands und die Parlamentarische Versammlung des Europarats.